

# Es geht um Erdgas und Sicherheit

Hans Jürgen Witthöft

**E**rdgas ist ein wichtiger Bestandteil im Energiemix unseres Landes. Es findet Anwendung in immer mehr Bereichen. Seine Bedeutung wächst und ebenso die aus Russland zu importierenden Mengen, was eine gewisse Abhängigkeit befürchten lässt. Auch um dieses Risiko zu verringern wird der Bau eines Terminals für den Import von verflüssigtem Erdgas per Schiff für notwendig erachtet. Mit ihm soll mehr Flexibilität bei den Importen erreicht werden.

Festzuhalten ist, dass der Energiebedarf Deutschlands zu 90 % durch Importe gedeckt wird. Das wird auch künftig so bleiben und darüber sollte auch der Boom bei den erneuerbaren Energien nicht hinwegtäuschen. Hauptenergieträger werden noch lange Zeit Mineralöl, Kohle und eben auch Erdgas bleiben. Da aber die Liefermengen aus Norwegen und den Niederlanden aufgrund allmählich erschöpfter Lagerstätten vorhersehbar geringer ausfallen, werden die Anteile der russischen Importe von derzeit 40 % auf 50 bis 60 % steigen.

Dabei droht eine zunehmende Abhängigkeit vom russischen Quasi-Monopolisten, dem staatlich kontrollierten Unternehmen Gazprom. Abhängigkeiten sind aber immer verlockend für die eine und gefährlich für die andere Seite. Deutlicher ausgedrückt: Wer sich in Abhängigkeit begibt, wird erpressbar.

Diese Anhängigkeit ist lange bekannt, wird von der Politik aber bis jetzt entweder negiert oder flach gehalten. Notfalls wird auf die Privatwirtschaft verwiesen. Das aber ist zu durchsichtig, denn die Sicherheit der Energieversorgung ist ebenso wie die äußere und innere Sicherheit eine staatliche Aufgabe. Sie gehört nicht nur in die Zuständigkeit des Wirtschafts-, sondern auch des Außenministeriums, denn kommerzielle Angelegenheiten, ganz besonders solche wie diese, können auch geopolitische Auswirkungen haben. Beim Erdgas ist dies zweifellos gegeben.



Foto: privat

Befürchtet wird, dass Russland diese Abhängigkeit irgendwann zur politischen Erpressung nutzen könnte. Das wird in Deutschland offiziell zwar vehement ausgeschlossen, aber ganz von der Hand zu weisen ist dies nicht. Erinnert werden soll dabei an den Herbst 2014, als der russische Präsident Putin Europa mit einer Drosselung der Gaslieferungen gedroht hatte, falls die Ukraine die durch ihr Land verlaufende Transitpipeline anzapfen sollte. Und das ist nur ein Beispiel.

Diese wachsende Abhängigkeit ist auch deswegen bedenklich, weil das russische Gas über Pipelines geliefert wird, was einen Wechsel zu anderen Lieferanten unmöglich macht. Die vorhandene Transportkapazität der bei Greifswald endenden „Nord Stream“-Pipeline wird durch den Bau der weitgehend parallel verlaufenden Schwester „Nord Stream 2“ und trotz von der EU vorgebrachter Einwände verdoppelt. Dabei lässt es tief blicken, dass Schweden eine logistische Versorgung des Pipelinebaus über Gotland aus sicherheitspolitischen Erwägungen abgelehnt hat.

Auch müsste es zu denken geben, dass unsere östlichen Nachbarn, Polen, Finnland und die baltischen Staaten, die das Verhalten Russlands aufgrund ihrer jüngsten Erfahrungen offenbar realistischer einschätzen, bestrebt sind, sich mit dem Bau von LNG-Importterminals von russischen Lieferungen unabhängig zu machen. Bei

den westlichen Nachbarn sind derartige Terminals bereits in Betrieb. Jüngst hat die EU ihren Mitgliedern nahegelegt, Importterminals zu schaffen, um ihre Versorgung diversifizieren zu können.

Nur hierzulande scheint das alles nicht zu gelten. Dabei gibt es in Wilhelmshaven und Brunsbüttel bereits seit langem Pläne für den Bau entsprechender Importanlagen, an denen Spezialtanker ihre Ladungen aus Nahost oder Kanada löschen und in die Versorgungsnetze einspeisen könnten. Zwar würden die auf diesem Wege importierten Mengen nicht ausreichen, um den Gesamtbedarf zu decken, aber allein die damit geschaffenen Möglichkeiten könnten Abhängigkeiten verringern. Bisher fehlt es jedoch an der eingeforderten nachhaltigen politischen Unterstützung.

Über die Gründe für das Nicht-Wahrnehmen seitens der Politik darf spekuliert werden. Sind die Verbindungen eines ehemaligen Bundeskanzlers, der für Gazprom als Vorsitzender des Aktionärsausschusses bei Nord Stream und Präsident des Verwaltungsrats bei Nord Stream 2 sowie heute sogar als AR-Chef des ebenfalls staatlichen Konzerns Rosneft tätig ist, immer noch stark genug, um Sicherheitsbedenken unter den Tisch zu kehren? Oder reicht es für das lediglich in den Zeiträumen einer Legislaturperiode verfangene politische Denken, dass im Moment doch alles problemlos zur Zufriedenheit der Verbraucher (Wähler) läuft? Atomstrom wird abgeschaltet, überall drehen sich Windräder und auf zahlreichen Dächern wandeln Kollektoren Sonnenstrahlen in elektrische Energie um. Warum also sich über die Sicherheit der künftigen Versorgung mit Erdgas irgendwelche Gedanken machen?

Es ist an der Zeit, dass hier Entscheidungen getroffen werden, die auch der veränderten sicherheitspolitischen Lage Rechnung tragen. Es kann doch nicht sein, dass man sich auf diesem Feld darauf verlässt, dass andere es notfalls schon richten werden. ■